69. Jahrgang Nr. 398

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Donnerstag, 25. August 1921

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt ULK

Erscheint täglich zweimal, sonntags, Feiertags und Montags einmal. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt M. 3.— wöchentlich, M. 6.50 monatlich im voraus zahlbar, bei Postbezug monatlich M 8.— und vierteljährlich M 24.— einschließlich Zustellungsgebühren; die Zeile M. 4.—, Familien-Anzeigen für Abonnenten M 1.50 die Zeile, kleine Anzeigen, das Wort M 1.—, das fettgedruckte Wort M 1.50. Abonnements und Anzeigen nehmen außer den nachstehend aufgeführten Filialen entgegen Redaktion und Haupt-Expedition SW., Jerusalemer Strasse 65—69. Fernsprecher: Zentrum Nr. 10013—10146; für den Fernverkehr Nr. 1427—1429. Telegramm-Adresse: „Vanzeit", Berlin. Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Str. 67—68, Nieder Strasse 1—4, Frankfurter Allee 246, Frankfurter Allee 340, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochannastrasse 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Rheinbeerer Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badestr. 61, Königstr. 44—47, Kaiserallee 68, Rathenower Str. 5, Turmstr. 21, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Glückstr. 49, Fidicinstr. 9, Charlottenburg, Tauentzienstr. 5, Kantstr. 34, Scharrenstr. 20, Hirsch. Str. 20—24, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Kantstrassenplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1—3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 40—41, Kaiser-Friedrich-Str. 247—48, Pankow: Berliner Str. 1, Schönstr. 38, Schmargendorf: Breite Str. 8, Schöneberg: Hauptstr. 88—91, Tempelhof: Berliner Strasse 147, Steglitz: Albrechtstr. 100, Tegel: Berliner Str. 12, Treptow: Krüllstr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 48, Kaiserplatz 13, Grunewaldstr. Hauptstr. 4, Oppenick: Schloosstr. 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Strasse 23, Spandau: Breite Strasse 47, Stettin: Paradeplatz 4.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der deutsch-amerikanische Friedensvertrag abgeschlossen.

Unterzeichnung noch im Laufe der Woche.

Die seit mehreren Wochen andauernden Besprechungen über den **Abschluß eines deutsch-amerikanischen Friedensvertrages** sind laut „Berliner Tageblatt" zum Abschluß gelangt. Zwischen den beiden Regierungen ist, wie wir erfahren, **über den Inhalt des Vertrages Einigkeit erzielt** worden. Technische Schwierigkeiten stehen zwar vorläufig einer sofortigen Veröffentlichung im Wege. Im Laufe dieser Woche noch sollen aber jedenfalls von beiden Kontrahenten die Unterschriften geleistet werden, deutscherseits voraussichtlich durch den Reichskanzler und den Reichsaußenminister. Ueber verschiedene Spezialfragen werden im Anschluß an die Unterzeichnung Sonderverhandlungen zu führen sein.

Ueber den Inhalt des Vertrages wird vorläufig noch, auf Grund der zwischen den beiden Regierungen getroffenen Vereinbarungen, Stillschweigen bewahrt. Jedenfalls wird die deutsche Oeffentlichkeit gut tun, sich keinen übertriebenen Erwartungen hinzugeben. In der Knox-Porter-Resolution wurde ausdrücklich erklärt, daß **die Vereinigten Staaten sich alle aus dem Versailler Vertrage resultierenden Rechte vorbehalten.** Das bezieht sich vor allem auch auf das **deutsche Eigentum in Amerika.** Der neue Vertrag wird also nichts anderes sein können als — eine Frucht von Versailles. Dennoch kann hervorgehoben werden, daß die gegenwärtig in Amerika obwaltende Stimmung der baldigen Wiederanknüpfung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern günstig ist. Der Abschluß des Vertrages wird für den seit geraumer Zeit schon wieder aufgenommenen Handelsverkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von großer Bedeutung sein.

Der Text des Vertrages wird am gleichen Tage in Berlin und Washington veröffentlicht werden.

Die Senatskommission billigt die Friedensbedingungen.

Washington, 24. August.

Die Mehrheit der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat die Bedingungen des Friedens zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in Verlauf einer Unterredung mit dem Präsidenten Harding gebilligt.

Oesterreichs Frieden mit Amerika.

Wien, 24. August.

Das Telegraphische Korrespondenzbureau teilt mit: Der Wortlaut des heute unterzeichneten Friedensvertrages zwischen Amerika und Oesterreich, der auf der bekannten vom amerikanischen Kongreß angenommenen Friedensresolution beruht, wird nach seiner Ratifizierung durch die verfassungsmäßigen Faktoren amtlich verkündet werden.

Wie die österreichische Regierung, begrüßt auch die öffentliche Meinung die tatsächliche Herbeiführung des Friedensabschlusses und die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen mit der großen amerikanischen Republik, die seit dem Waffenstillstand so viele Beweise ihres Wohlwollens und ihrer menschenfreundlichen Gesinnung gegeben hat, mit großer Befriedigung. Mit Genugtuung wird auch die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß dieser Friedensschluß, der für die gedeihliche Entwicklung der Republik notwendig war, dank der Initiative der amerikanischen Regierung und der entgegenkommenden Haltung ihres Vertreters in Wien ermöglicht wurde.

Ishii selbst wird berichten.

Der gefundene Ausweg.

Paris, 24. August. (Havas.)

Infolge der Weigerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Vicomte Ishii selbst vor dem Völkerbundsrat in der oberschlesischen Frage Bericht erstatten.

*

Ohne Zweifel befindet sich der Völkerbundsrat auf der Suche nach einem Berichterstatter in der oberschlesischen Frage in einiger Verlegenheit; sollte er freilich unter den sieben augenblicklichen Mitgliedern trotz Ishiis Harakiri nicht zum Schlusse kommen, so darf als letzte Lösung der Absatz 2 des Artikels 4 aus dem Völkerbundstraktat nicht vergessen werden, wonach „mit Zustimmung der Mehrheit der Bundesversammlung der Rat andere Bundesmitglieder bestimmen kann, die von da ab ständig im Rat vertreten sind. Er kann mit der gleichen Zustimmung die Anzahl der Bundesmitglieder, die durch die Bundesversammlung als Vertreter in den Rat geschickt werden, erhöhen." Demnach hat der Rat jederzeit das Recht, bei der Vollversammlung seine Erweiterung zu beantragen, und ohne Zweifel wird er auch in der Lage sein, seinen Antrag durchzusetzen, um endlich den wahrhaft Neutralen und Unparteiischen zu finden, der das entscheidende Gutachten vorbereitet.

Für den Augenblick hat sich der Staatsmann des fernen Ostens sicherlich nicht ohne Geschick aus der Verlegenheit gezogen. Ishii hat im Dienste des Mikado eine langjährige Tätigkeit auch außerhalb des Landes der aufgehenden Sonne hinter sich, er steht den europäischen Verhältnissen keineswegs fremd gegenüber. Zudem liegen die politischen und ökonomischen Interessen Japans weit von Oberschlesien entfernt, und Ishii läuft keine Gefahr für sein Land, wenn er in dieser oder jener Form wem auch immer der Beteiligten irgendwie vor den Kopf stoßen sollte. Japan ist unabhängig genug, um nur auf die Forderungen des Rechtes Rücksicht nehmen zu brauchen, und so steht zu erwarten, daß, ohne auf den bezeichneten letzten Ausweg zu greifen, der Völkerbund eine Verlegenheit überwinden wird, die in dem Augenblick eintrat, der ihn erstmalig entscheidend zu werden berufen sah.

Warum Quinones ablehnte.

Paris, 24. August. (E. E.)

Die „Information" berichtet, daß Quinones das Berichterstatteramt für die oberschlesische Frage ablehnte, weil Spanien in diesem Augenblicke wegen der Lage in Marokko eine kritische Periode durchlebe. Spanien wünsche nicht, daß eine Entscheidung in einer so heiklen Frage wie der oberschlesischen unter den gegenwärtigen Umständen zweideutig ausgelegt werden könnte. Spanien sei gegenwärtig nicht in der Lage, sich internationalen Polemiken auszusetzen, die seinen inneren Frieden stören könnten, den es jetzt so sehr benötige, um über die Gefahr triumphieren zu können, die der Aufstand der Kabylen heraufbeschworen hat. Zu der Ablehnung Quinones bemerkt der „Bonsoir", daß der ganze Hof mit Ausnahme des Königs und der Klerikalen Kreise in Spanien deutschfreundlich sei, alle Klassen seien Frankreich feindlich gesinnt. Der einzige Politiker, der Frankreich wohlwolle, sei Romanones, was auch seine Wiederkehr zur Macht verhindere. Man hätte leicht voraussehen können, daß Spanien die Rolle eines Berichterstatters ablehnen mußte. Spanien müsse Frankreich schonen. Es brauche Frankreich für seine militärischen Rüstungen, ferner auch aus dem Grunde, damit Frankreich in seiner marokkanischen Zone die spanischen Flüchtlinge aufnehme. Spanien wolle auch Deutschland zufriedenstellen und nichts tun, was den deutschen Wünschen widerspräche. Man habe in Frankreich zu rasch auf die Annahme des Berichterstatteramtes durch Spanien gerechnet und sei daher durch die erfolgte Ablehnung, die zugleich eine heilsame Lehre für Frankreich sei, enttäuscht worden.

Vor Verhandlungen mit den Mauren?

Ein Kalifat für Abd-el-Krim?

Paris, 24. August.

Wie „Le Journal" aus San Sebastian meldet, spricht der spanische Marineminister von der Möglichkeit, daß die Spanier mit den Riffleuten verhandeln. Er meint, es sei die beste Lösung, Abd-el-Krim ein Kalifat anzubieten.

Nachrichten aus Melilla, namentlich an die Madrider „Epoca" lassen voraussehen, daß General Berenguer seine Operationen sofort beginnen wolle. Der spanische General glaubt, daß er genügend Truppen und Material zur Verfügung habe. Uebrigens erwarte er weitere Nachschübe. Man erklärt auch, daß die Zahl der Kabylen, die niemals mehr als 20 000 Reiter hatten, sich in den letzten Tagen erheblich vermindert hätte.

9½ Milliarden Besatzungskosten in O.-S.

Aufhebung des Belagerungszustandes in Oberschlesien.

Oppeln, 24. August.

Nach einer Mitteilung der interalliierten Kommission betragen die Kosten für die Besatzungsarmee in Oberschlesien bis zum 1. August 9,5 Milliarden Mark.

Die „Oberschlesische Volksstimme" in Gleiwitz meldet mit Genehmigung der Zensur, daß ihr von einer der interalliierten Kommission nahestehenden Seite mitgeteilt worden ist, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes über Oberschlesien in den nächsten Tagen bevorsteht. Die letzten Wochen hatten die interalliierten Kommissionen Oppeln davon überzeugt, daß die Beruhigung Oberschlesiens so weit wieder eingetreten ist, und daß die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes zwecklos erscheint.

Der „Z. R. 2" explodiert und vernichtet.

Ein neues Zeppelinunglück in England.

London, 24. August.

Das große lenkbare Luftschiff „Z. R. 2" ist oberhalb von Hull explodiert. Die Trümmer sind in den Humberfluß gefallen. Das Luftschiff kehrte von einer versuchsweisen Kreuzerfahrt vor der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans zurück. Das Personal des lenkbaren Luftschiffes umfaßte 47 Mann. Sechs davon blieben am Leben.

Nach einer weiteren Meldung aus Hull überflog das Luftschiff „Z. R. 2", das demnächst den Atlantischen Ozean überqueren sollte, heute nachmittag um 5¾ Uhr die Stadt, als es explodierte, in zwei Teile zerriß und in die Humber stürzte. Das Luftschiff war an die amerikanische Regierung verkauft. Als das Luftschiff abstürzte, sahen Tausende von Menschen dem Fluge zu. Sie ergriffen panikartig die Flucht, um sich vor den abstürzenden und in den Fluß fallenden Trümmern zu retten.

Münchener Brief.

Reden, Noten und ein Pogrömchen.

Das alte Reichsstädtchen Memmingen im bayerischen Schwaben hat 6000 evangelische und etwa ebensoviel katholische Bürger — letztere fast alle im letzten Jahrhundert zugewandert, daneben noch 600 Juden, die sich kleinbürgerlich vom Handel der reichen Gegend nähren. Das friedliche Nebeneinander der Bekenntnisse machte das Städtchen überall vorteilhaft bekannt. So durfte es natürlich nicht weitergehen. Man mußte ein Pogrömchen veranstalten. Die lobende Erwähnung für die bewiesene Tapferkeit im Hintergrund, nach berühmten Mustern, war ja inzwischen schon in der „Deutschen Zeitung" zu lesen. Das bißchen Lynchjustiz schadet dem bayerischen Ansehen als „Ordnungsstaat" weiter nicht; es muß aber doch schon allerhand vorgekommen sein, wenn sogar in einem bayerischen amtlichen Bericht etwas steht wie „schrecklich zugerichtet".

Wutzlhofer, bayerischer Landwirtschaftsminister, erklärt: „Der Uebergang zur freien Wirtschaft sei notwendig geworden. Allen bayerischen Wünschen setze aber (aufgepaßt, jetzt kommt's!) Berlin ein Nein entgegen. Von Berlin sei die Freigabe der bayerischen Grenze erzwungen worden."

Da haben wir's! Natürlich wieder Berlin! Aber ist nicht der Ruf nach sofortiger und gänzlicher Aufhebung der Zwangswirtschaft nirgends so laut und stürmisch erhoben worden als ausgerechnet in Bayern? Und jetzt tobt wieder der Notenkrieg mit starken Worten von „Selbsthilfe" usw., und in plötzlicher Launenhaftigkeit wird Rückkehr zur Absperrung Bayerns gefordert. Man scheint hierzulande nicht zu wissen, was man eigentlich will, und weiß nur, daß man immer das Gegenteil von dem verlangen muß, was „Berlin" in Ausführung der eben beschlossenen Gesetze tut. „Brotwucher" schreit man, tatsächlich ist aber viel mehr Braugerste aufgekauft worden, vermutlich für die neue — „Berliner" Verrücktheit, das Bollbier. (München ist nie Bierstadt gewesen!)

Die „Abriegelung" wird verlangt, damit der Preistreiberei auch von den landeskundigen Beamten zu Leibe gegangen werden kann. „Unbekümmert", wie sie die Grenze schließen soll, sieht die bayerische Regierung tatsächlich allerdings einzig und allein der Milchblockade gegen München zu. (Der Preis für Milch und Milchprodukte ist dort höher als in Berlin!) Bei jeder Preiserhöhung haben die Erzeuger fürchterliche Eide geschworen, nun werde eine Vermehrung der Anlieferung erfolgen. Gekommen ist immer das Gegenteil. Bei den Aufsichtsbehörden zieht aber die Begründung immer noch. Nirgendwo sind landeskundige Beamte so am Platze wie bei der Regelung der Milchwirtschaft. Aber dieses Argument ist nicht verwendungsfähig, denn im eigenen Lande kann man leider nicht den liebgewordenen Notenkrieg mit Kraftsprüchen führen, und unpopulär zu werden, das fürchtet man wie die Hölle. Es handelt sich ja bloß um Städter, da kann die Autorität der Regierung ruhig verjagen. Wenn es irgendwie ginge, würde man sicher auch am Münchener Milchskandal die Schuld auf „Berlin" schieben. Aber das geht eben nicht, denn gerade in Dingen wie Obst, Gemüse, Milch usw., die lange Wege nicht vertragen, hat Berlin billigere Preise als München. Und in beiden Städten pflegen wohl die wenigsten Leute die Tausendmarkscheine zu wiegen statt zu zählen, aber auf dem bayerischen Flachland soll das öfter der Fall sein, wie die dortige Presse zu berichten weiß.

Ueber die „ewigen Verleumdungen Bayerns" klagt man bitter, aber die haarsträubendsten Lügen und Märchen über Berlin glaubt man selber, man glaubt alles, was sich verwerten läßt, was in die Tendenz paßt. Wenn etwas selbst den Redaktionen zu bunt vorkommt, dann „schreibt man uns aus Berlin". Wenn man hier und da in Berlin Bayern nur nach dem Schein und falsch beurteilt, so kann man jedenfalls den ehrlichen Willen zugute halten. Was aber umgekehrt über Berlin verbreitet wird, das ist so mit Händen zu greifen, daß es nur mehr als bösartig bezeichnet werden kann. Und man schlägt den Mantel der Tugend um sich: Berlin könne sich in allem und jedem an Bayern ein Beispiel nehmen.

Inzwischen verbietet der Polizeipräsident Pöhner zwar Kundgebungen der Pazifisten, aber kein einziges hetzerisches Plakat der Nationalsozialisten. (Bei denen kriselt es, ausgerechnet ihrem Hauptling Hitler werfen die noch radikaleren vor, er sei Judenknecht! Ironie der Münchener Weltgeschichte!) Wenn sich aber die alteingesessene Münchener Judenschaft gegen die Hetze hergelaufener Berufsdemagogen Schutz erbittet, wird ihr geantwortet, bedauerlicherweise sei eben die Volksstimmung durch die vielen jüdischen Schandtaten nun einmal so geworden. „Volksstimmung" läßt sich zwar beruhigen, wenn man den Leuten ihre Plakate verbietet, mit denen sie erst „gemacht" werden soll — aber mit einem Taschenspielerstückchen vertauscht man Ursache und Wirkung. Uebrigens rühmt sich München, die einzige Stadt geblieben zu sein, die der Hirschfeldschen Agitation (zu der man sich ja stellen kann wie man will) ernsten, sachlichen Widerstand entgegengesetzt habe. Begriffe lassen sich ja auf den Kopf stellen, sie können sich nicht wehren.

In Nürnberg aber hat der Staatskommissar trotz des Ausnahmezustandes dem durchaus nicht friedlich gesinnten deutschnationalen Jugendbund anläßlich seiner Tagung einen öffentlichen Umzug gestattet — worauf im Stadtrat